

Prof. Dr. Franz Josef Wetz, geboren 1958, lehrt Philosophie an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd. Er ist Herausgeber und Autor zahlreicher Radiosendungen, Aufsätze und Bücher. Im Jahr 2011 erschienen „Texte zur Menschenwürde“ und „Lob der Untreue“. Aktuellste Buchveröffentlichungen: „Rebellion der Selbstachtung. Gegen Demütigung“ (Alibri, 196 Seiten, 16 Euro) und „Exzesse. Wer tanzt, tötet nicht“ (Alibri, 265 Seiten, 18 Euro). Für MUT schreibt er seit 1997.

FRANZ JOSEF WETZ:

Wieviel Freiheit braucht die Vielfalt? Wieviel Vielfalt verträgt die Freiheit?

Ein Wanderer kommt und geht; ein Zuwanderer kommt und bleibt! Das schafft Probleme, so bereits Georg Simmel in seinem *Exkurs über den Fremden* 1908. Ähnlich Simone de Beauvoir in ihrem Roman *Sie kam und blieb* über eine schwierige Dreiecksbeziehung. Gäste sind für gewöhnlich willkommen, aber nur zeitweilig, wie auch Wilhelm Busch findet: „Schön ist, wenn wir die Gäste kommen sehn,/ schön ist es, wenn sie eine Weile bleiben,/ und sich mit uns die Zeit vertreiben,/ doch wenn sie schließlich wieder gehn,/ ist es auch recht schön.“ Bleiben sie jedoch, schlägt die anfängliche Freude in Unmut, Ärger und Haß um. Dazu rufen extreme Positionen leicht extreme Positionen hervor – nur mit umgekehrtem Vorzeichen. Dieser uralte Mechanismus funktioniert bis heute auch in der Flüchtlingsfrage. So folgte auf die überschwängliche Willkommenseuphorie schon bald ein regelrechter Überfremdungsschock. Die Erwartung ist hoch, daß sich beide Extreme in einer Kultur der offenen Begegnung ausbalancieren lassen. Aber dies gelingt nicht ohne weiteres. Denn mittlerweile haben Argwohn und Mißtrauen das gesellschaftliche Klima vergiftet.

Wir leben in einer Kultur des Verdachts, in der alle Seiten sich gegenseitig eines speziellen Extremismus verdächtigen. Die Polarisierungen könnten kaum größer sein. Die Vertreter der unterschiedlichen Meinungen unternehmen alles, um die jeweilige Gegenseite bloßzustellen. Dabei tritt häufig an die Stelle der gebotenen Differenzierung eine größtmögliche Diffamierung. In diesem Schlagabtausch der Schlagworte zählen nicht unbedingt Fakten, sondern eher Gefühle; starke Argumente werden durch eindrucksvolle Auftritte ersetzt; die Realität weicht einer *reality show*. Am erfolgreichsten ist, wer am besten Stimmung zu machen versteht. Dies gelingt besonders gut dadurch, daß man überzogene

Forderungen aufstellt, wie das Volk ist wichtiger als das Grundgesetz, oder schlicht Lügen verbreitet, wie die Kriminalitätsrate ist in den letzten Monaten überproportional gestiegen. Wer die Wut der Bürger anzufachen versteht, muß ihnen keine umsetzbaren Konzepte anbieten.

Leider spielen bei diesem ganzen Durcheinander die Medien nicht nur eine löbliche Rolle. Wenn es sich die Journalisten öfter schwerer machen, dann hätten es die verschiedenen Gruppierungen auch nicht so leicht. Freilich eignet sich nichts besser für eine Schlagzeile als das Extreme, die sich dann wie eine virale Epidemie ausbreitet. Besonders spektakulär sind seit jeher schlechte Nachrichten, Skandale und Gewalttaten. Deren morbider Charme vermag die öffentliche Aufmerksamkeit zu binden. So versuchen die Medien häufig unter dem Vorwand der Empörung auf dem Fels irritierender Schreckensmeldungen sprühende Funken zu schlagen. Hierdurch befriedigen sie nicht nur das Informationsbedürfnis der Bürger, sondern auch deren Katastrophensehnsüchte. Zum Erlebnisbedarf selbst des zivilisierten Menschen gehören auch schlimme Nachrichten. Das Verstörende ist zugleich das Betörende.

Aufs große Ganze gesehen stehen sich in der aktuellen Debatte zwei Lager gegenüber, die hier vereinfacht und ironisch als die *falsche* und die *richtige* Seite bezeichnet werden. Bekanntlich zeichnet die *falsche* Seite das Horrorszenario der Islamisierung Europas und ruft zur Rettung des christlichen Abendlandes auf. Hartnäckig werden traditionelle Werte verteidigt und bewährte Formen des Zusammenlebens beschworen, die durch die großen Zuwanderungen aus dem muslimischen Kulturkreis gefährdet seien. Dessen ungeachtet sei das Boot voll. Glücklicherweise sei der riesige Zustrom von Flüchtlingen wenigstens gegenwärtig zum Versiegen gekommen. In diesem Zusammenhang ist dann von Belast-

barkeitsgrenzen die Rede. Die Sorge ist groß, durch die hohe Zahl der Flüchtlinge den eigenen sozialen Status zu verlieren. Solche Zukunftsängste verspürt vor allem die in den letzten Jahren geschwächte Unter- und Mittelschicht. Beide Milieus sehen die Kosten für Sozialausgaben in die Höhe schießen, die Mietpreise spürbar ansteigen, die Arbeitslosenquote und die Kriminalitätsrate mittelfristig zunehmen, kurzum, massive Nachteile für sich entstehen.

Die *richtige* Seite befürwortet dagegen fast jede Öffnung für Vielfalt. Sie ist davon überzeugt, daß die Begegnung der Kulturen zu einer gesellschaftlichen Bereicherung führen wird. Überschwänglich betont sie die Vorzüge einer multikulturellen Gesellschaft, Diversity, und besteht auf größere Toleranz gegen schutzbedürftige Minderheiten. Davon abgesehen hätten wir eine Hilfspflicht fremden Ausländern gegenüber, die in ihren Herkunftsländern keinen sicheren Zugang zu menschenrechtlichen Grundgütern hätten. Dies treffe auf politisch verfolgte, also Asylanten, ebenso zu wie auf Kriegsflüchtlinge. Auch MigrantInnen, die gerne als Wirtschaftsflüchtlinge verunglimpft würden, sollten mit unserer Unterstützung rechnen dürfen. Wer in seiner Heimat drastischen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sei, dem könne nicht zugemutet werden, dort zu bleiben. Überhaupt habe jeder ein Recht auf ein Stück Erdoberfläche, weshalb Europa die Flüchtlinge aufnehmen müsse, zumal der Westen und das globale Wirtschaftssystem, von dem wir Europäer profitierten, durch seine eigeninteressierte Außenpolitik, die eng mit dem Weltmarkt verflochten sei, mit am Entstehen der Bürgerkriege verantwortlich sei. Das Boot sei noch lange nicht voll, weil es ein Schiff sei!

Beide Seiten gehen nicht zimperlich miteinander um

Beide Seiten gehen nicht zimperlich miteinander um. So werfen die Anhänger der *richtigen* Seite der *falschen* Islamphobie, Fremdenfeindlichkeit, einen unerträglichen Rechtsruck vor. Sie bausche problematische Positionen des Islam künstlich auf und übertreibe die sozialen Herausforderungen.

Im Gegensatz bezichtigt die *falsche* Seite die *richtige* eines unverbesserlichen Gutmenschentum. Hier seien naive Moralisten am Werke, intellektuelle Träumer, welche die Realität verkennten. Die heiklen Positionen des Islam und die sozialen Herausforderungen würden verharmlost. Überhaupt fehle der *richtigen* Seite jede Sinn- und Wertmitte. Ihre multikulturelle Beliebbarkeit sei sogar gefährlich, biete sie hierdurch doch unbeabsichtigt radikalen muslimischen Positionen eine Plattform. Dazu übersehe sie die gesellschaftliche Überforderung durch die Flüchtlinge, die den mühsam geknüpften Zusammenhalt vor eine Zerreißprobe stelle, ja soziale Krisen auslösen könne.

Nüchtern betrachtet haben beide Seiten teilweise recht und teilweise unrecht. Um nicht mit ausländerfeindlichen, islamophoben Parolen in Verbindung gebracht und somit zur *falschen* Seite gezählt zu werden, verzichtet die *richtige* Seite tendenziell auf jede scharfe Islamkritik und skeptische Hinterfragung der bisherigen Flüchtlingspolitik. Auf keinen Fall möchte die *richtige* Seite Beifall von der *falschen* Seite bekommen. Schon deshalb spielt sie gerne Teilwahrheiten der *falschen* Seite herunter und übt auf diese Weise falsche Toleranz. Während die wohl situierte liberale Mitte und gemäßigte Linke sonst beispielsweise patriarchalische, frauenverachtende Strukturen bekämpfen, sind sie auffällig nachsichtig, wenn es um reaktionäre muslimische Regeln geht, die im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen, nur weil die *falsche* Seite ähnliche Bedenken äußert. Das ist falsche Nachsicht, die mühsam er-

rungene Gleichheits- und Freiheitsrechte schleift, indem sie Kritik unterläßt, nur weil sie die Gegenseite auch äußert.

Solches Vorgehen ist nicht nur unvernünftig, sondern zudem dumm. Denn es hat die *falsche* Seite nicht geschwächt, sondern im Gegenteil gestärkt. Wer populistische Sammelbewegungen wirkungsvoll bekämpfen möchte, darf ihnen die unbequemen Themen nicht allein überlassen. Natürlich ist Islam nicht Islamismus. Zudem muß unterschieden werden zwischen einem Islam milder Barmherzigkeit und einem Islam gewaltbereiter Vorherrschaft. Dennoch läßt sich der politische Islam nicht leugnen. Wer den Zusammenhang von Islam und Islamismus bestreitet, und wer glaubt, bloß Terroristen bekämpfen, nicht aber auch die Ideologien hinterfragen zu müssen, die zum Terror führen, der treibt die Menschen in die Hände der *falschen* Seite. Solche kritischen Anfragen zu unterlassen, weil es eine starke Islamkritik auch vom rechten Rand der Gesellschaft gibt, mit dem man nicht sympathisieren möchte, erreicht mit seiner Zurückhaltung lediglich eine Stärkung der *falschen* Seite. Aufs Risiko, daß diese hieraus politisches Kapital schlägt, hätte die *richtige* Seite diese Diskussionen stärker in die Mitte der Gesellschaft zu holen. Aber solange die *richtige* Seite aus Angst, mißverstanden zu werden, heiklen Diskussionen aus dem Wege geht, sind die propagierte Vielfalt ein Teil des Problems, dessen Lösung zu sein sie vorgibt.

Es tut not, die religiös begründete Ungleichbehandlung der Frau, überzogene Ehrbegriffe und gewaltbereite Rechtsvorstellungen in Frage zu stellen. Es wäre schon eine Menge erreicht, wenn die Islamverbände die Kritiker aus den eigenen Reihen respektierten und antiwestlichem Verschwörungsgerede entgegenträten. Jedenfalls ist der ständig wiederholte Hinweis, daß es sich bei gewaltbereiten For-

men von Religiosität nicht um die wahre Religion handele, nicht genug. Stattdessen sollten islamische Werte ähnlich wie christliche eine Politik inspirieren, deren Leitideen Freiheit und Demokratie heißen. Doch das Bekenntnis aller Islamverbände zu Freiheit und Demokratie kommt bis heute zögerlich, verhalten, halbherzig. Dagegen muß unerschrocken auf die Achtung der Menschenrechte, die Freiheit des Individuums, insistiert werden. Wie die Bibel muß auch der Koran sich der Allgemeinen Menschenrechtserklärung und dem Grundgesetz erkennbar unterordnen. Allerdings geht es hierbei nicht so sehr um die Rettung des Abendlandes als vielmehr um die Verteidigung der offenen Gesellschaft. Darum macht sich die *richtige* Seite auch nicht mit der *falschen* gemein, wenn sie wie diese vor bestimmten Gefahren warnt. Denn sie tut es nicht im Namen einer geschlossenen Einheitskultur, sondern vielmehr der offenen Gesellschaft.

Ironischerweise stimmt die *falsche* Seite sowieso mit orthodoxen Muslimen in zahlreichen moralischen Fragen überein. Denn hier wie dort wird ein traditionelles Familienbild verteidigt, fortschrittliche Sexualerziehung abgelehnt und ein homogenes Gemeinwesen befürwortet.

Falsche Nachsicht schleift Freiheits- und Gleichheitsrechte

Gleichwohl sollten die Verteidiger der offenen Gesellschaft den Vorwurf ernst nehmen, daß der liberale Pluralismus mit seiner großen Toleranz gegen Fremde, Asylanten und Migranten die kulturelle, ja nationale Identität aufs Spiel setze. Nur welche bewährten Sitten und Bräuche sind es denn, die unsere nationale Identität ausmachen? Das Münchner Oktoberfest oder ein Symphoniekonzert in der Berliner Philharmonie? Ein Fußballspiel oder ein *Science Slam*? Die nächtlichen Samstagsskizzen im

Technoclub oder die feierliche Sonntagsmesse im Mainzer Dom? Das Essen mit Fingern vom Pappeller oder mit Silberbesteck von KPM-Porzellan? Eine Currywurst mit Pommes, pochiertes Zanderfilet im Reisrand oder vegetarische Pappardelle mit Pesto und Walnüssen? Mit anderen Worten: Unser liberales Gemeinwesen bestand schon vor Ankunft der Flüchtlinge aus mehreren Parallelgesellschaften. Zugegebenermaßen tun sich die verschiedenen Gruppierungen bisweilen schwer miteinander. Sie ertragen sich gegenseitig oft nur seufzend. Doch solange sie nicht gewalttätig übereinander herfallen und jeder sein Leben nach eigenen Vorstellungen leben kann, ist alles gut. Die *falsche* Seite mag dieses Gewimmel der Lebensstile nicht. Sie sehnt sich nach einheitlichen Traditionen und einer Vergangenheit, die nie Gegenwart war. Solche Wünsche sind anachronistisch weltfremd. Trotzdem treffen sie einen empfindlichen Nerv der offenen Gesellschaft.

Zunächst sei auf zwei in der Natur der Menschheit tief verwurzelte Mechanismen hingewiesen, die der Idee einer offenen Gesellschaft widersprechen. Diese Mechanismen lassen sich mit moralischen Appellen, empörten Gesten, fröhlichen Lichterketten und ernsten Mahnwachen nicht einfach ausschalten, weil sie außermoralischer Art sind.

Weniger rassistische Fremdenfeindlichkeit als ökonomische Ängste

Zum einen empfinden Menschen von Natur aus das Fremde als Bedrohung des Eigenen. Dieses Alarmsystem ist uralte. Es hat seine Ursprünge in der biologischen Evolution, in welcher der Einzelne gefährlichen Umwelten, Konflikt- und Streßsituationen ausgesetzt war, die sich am besten im Clan meistern ließen. Zur eigenen Horde hin kooperativ, hilfsbereit; nach außen aber

konkurrierend, argwöhnisch, feindlich – knapper Ressourcen oder der eigenen Territorien wegen. Damals wurde das unausrottbare Freund-Feind-Schema, Ingroup/Outgroup-Denken geboren, eine Grundhaltung, die uns bis heute das Fremde leicht als Bedrohung, Angriff aufs Eigene wahrnehmen läßt.

Selbstredend verschärft sich das Problem, wenn das Eindringen des Fremden ins Eigene ein bestimmtes Maß überschreitet. Darum muß *zum anderen* auf eine systemtheoretische Gesetzmäßigkeit aufmerksam gemacht werden: Je mehr sich ein System nach außen für das Fremde öffnet, umso mehr mobilisiert es als Reaktion massive Gegenkräfte, die das System abschotten möchten. Mit der Erweiterung der Offenheit wächst die Forderung nach mehr Geschlossenheit. So verstanden leistet eine starke Öffnung des Systems seiner Schließung sogar Vorschub. Denn die Öffnung provoziert gewissermaßen die Selbstbehauptung des Systems aus Angst vor Überfremdung durch Ausgrenzung.

Zum dritten haben die Sorgen zahlreicher Bürger weniger mit rassistischer Fremdenfeindlichkeit zu tun als mit ökonomischen Ängsten. Viele sehen die eigenen Sozialleistungen und den eigenen Wohlstand gefährdet. Sie sehen sich um ihren gerechten Anteil am ökonomischen Wohlstand betrogen. Hinzu kommen Egoismus und Sozialneid. Man möchte nicht mit den eigenen Steuern fremde Personen unterstützen, die bislang noch keinerlei gesellschaftlichen Beitrag geleistet haben. Flankierend kommt die dumpfe Lust hinzu, denen da oben endlich mal eines auszuweisen zu können.

Die *falsche* Seite hat ein Teil dieser rebellischen Energien und natürlichen Gegenkräfte ohne größere Anstrengung auf ihre Mühlen lenken können, während die *richtige* Seite sie lange Zeit eher ignorierte. Dabei lassen sich diese drei wunden Punkte

leicht relativieren. Erstens machen die Wirtschaftsverbände darauf aufmerksam, daß viele offene Stellen in Handwerk und Industrie mittelfristig mit Zuwanderern besetzt werden könnten, die teils schon qualifiziert seien, teils erst noch qualifiziert werden müßten. Außerdem kosteten diese nicht bloß Geld, sondern kurbelten auch die Wirtschaft an. Einige Stichworte hierfür lauten verstärkter Wohnungsbau, wachsender Konsum, höherer Ärzte- und Lehrerberdarf. Schließlich könnten die Zuwanderer einen wichtigen Beitrag zur Lösung unseres demografischen Problems leisten. Selbstverständlich dürfen diese Aspekte nicht überschätzt, sie sollten aber auch nicht unterschätzt werden. Fest steht hingegen, daß die gegenwärtig hohen Wohnungs- und Mietpreise weniger mit den Flüchtlingen als mit der bekannten Null-Zins-Politik zusammenhängen. Dagegen entbehrt die Rede von der steigenden Arbeitslosenquote derzeit jeder Grundlage. Gleichfalls ist es nachweislich falsch, daß die Kriminalitätsrate überdurchschnittlich gestiegen sei. In jüngster Zeit führten Einzelfälle immer wieder zu unzulässigen Verallgemeinerungen.

Eine zweite Strategie, die Kluft zwischen dem Eigenen und dem Fremden zu schließen, besteht in der Hervorhebung des Gemeinsamen über alle kulturellen Differenzen hinweg. Hiermit ist nichts Abstraktes gemeint wie etwa die eine Vernunft oder die eine Menschenwürde, sondern etwas ganz Konkretes, nämlich die uns allen gemeinsamen Interessen, Wünsche und Sehnsüchte – etwa nach ausreichend Nahrung, einem Dach über dem Kopf, freundlicher Zuwendung und Ähnlichem mehr. Eine solche Annäherung ist nur möglich über Geschichten, die sich die Menschen gegenseitig erzählen. Hier geht es um die großen Kleinigkeiten des Lebens, um alltägliche Sorgen, erlittene Qualen, widerfahrenes Glück, schöne Träume. Gute Dokumentationen und Filme können hier

einen wichtigeren Beitrag leisten als abstrakte Regelwerke. Denn sie können emotional berühren und veranschaulichen, daß, auch wenn jeder seine eigene Geschichte hat, wir uns doch in vielen Punkten ähneln. Mit einem Male klingt das Fremde uns vertraut. Es kann in den Kreis des Eigenen einbezogen und somit das Freund-Feind-Schema teilweise außer Kraft gesetzt werden. Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, Religion spielen plötzlich nur noch eine untergeordnete Rolle.

Herkunft, Hautfarbe und Religion spielen plötzlich eine untergeordnete Rolle

Damit sich aber das System nicht gegen fremde Einflüsse verschließt, muß sich *drittens* auch das Fremde in das System aktiv eingliedern. Diese dritte Gegenstrategie, die von den Fremden eine Anpassung an unsere Gesellschaftsordnung verlangt, wird von der *richtigen* Seite tendenziell vernachlässigt und von der *falschen* oft mißverstanden.

Ohne einen Kernbestand ethisch begründeter Werte kann selbst die offene Gesellschaft nicht bestehen. So hört sich Öffnung für Vielfalt zivilisiert und freundlich, eben nicht fanatisch und feindselig an. Aber dies ist nur die halbe Wahrheit, und man darf hinzufügen: eine fatale halbe Wahrheit, wenn sie nicht um die andere Hälfte ergänzt wird. Diese besteht aus den Grundlagen der offenen Gesellschaft, welche Freiheit und Vielheit notwendigerweise einschränken. Auf diese Grundlagen darf es keinen Rabatt geben. Sie müssen genauso beachtet und geachtet werden, wie der Sinn für Freiheit und Vielheit unter den Bürgern gestärkt werden muß. Jeder Verstoß gegen die Fixpunkte und Fundamente der offenen Gesellschaft verdient keinerlei Nachsicht, sei es gegen die *falsche* Seite, sei es gegen die *richtige* oder gegen Flücht-

linge, Muslime, Christen und Atheisten. In der Welt passiert vielerlei, das keinerlei Respekt verdient. Toleranz und Achtung dürfen nicht allem gleichermaßen entgegengebracht werden. Es ist keineswegs gleichgültig, was wir tolerieren oder respektieren. Fremdenfeindliche Haßreden bis zum Niederbrennen von Flüchtlingsheimen können genausowenig hingenommen werden wie Zwangsverheiratungen, Ehrenmorde, Niqab und Burka. Ist man intolerant, wenn man solche Praktiken und Symbole kritisiert, mißbilligt, ja verbietet?

Nein, verkörpern sie doch das Gegenteil von Freiheit und Vielheit, eine Opposition gegen den liberalen Pluralismus. So mögen etwa Muslimas ihre schwarzen Ganzkörperverhüllungen, die ihre Reize bedecken sollen, gewohnheitsmäßig, freiwillig und bewußt tragen. Sie mögen sich hierdurch auch nicht benachteiligt, unterdrückt oder beleidigt fühlen. Dennoch steht diese religiös begründete Kleiderordnung für ein emanzipationsfeindliches Patriarchat, in dem es den Männern auf raffinierte Weise gelungen ist, die Unterdrückten selbst einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Unterdrückung leisten zu lassen. Die Täter haben die Opfer zu ihren Komplizen gemacht. Diese Herabwürdigung der Frau steht im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Selbst wenn die Ganzkörperverhüllungen freiwillig getragen werden, symbolisieren sie doch das Gegenteil der Chance, sie einfach ablegen zu dürfen, ein Gegenstück von Freiheit und Gleichheit. Darum haben sie im öffentlichen Raum nichts zu suchen. Sie sind für eine freiheitliche Ordnung inakzeptabel.

Besonders irritierend ist, wenn genderbewegte Frauen der richtigen Seite Verständnis für Niqab und Burka zeigen und deren Bedeutung herunterspielen. Immerhin seien noch vor wenigen Jahren die deutschen Frauen auch nicht gleichgestellt gewesen. Darüber hinaus bezeuge das auf-

reizende, halbnackte Posieren jüngerer Frauen auf der Straße, im Club oder auf Titelseiten von Zeitschriften doch gleichfalls eine Männerkultur, die das weibliche Geschlecht fremdbestimmt. Bei uns würden die Frauen als bloße Sexualobjekte entwertet. Selbst wenn letzteres stimmen sollte, werden die Muslimas unter ihren schwarzen Verhüllungen doch offenbar genauso gesehen; andernfalls dürften sie sich ja unverhüllt in der Öffentlichkeit zeigen. Jedenfalls wird ein Übel durch Vergleich mit anderen Übeln nicht schon ein Gut. Der springende Punkt ist ohnedies ein anderer: Das Recht auf Freiheit ermöglicht die Bewahrung traditioneller Gemeinschaftsformen, es erzwingt sie aber nicht, sondern überläßt die Entscheidung hierüber den Bürgern selbst. Es stellt ihre Teilnahme hieran auf die Grundlage der Freiwilligkeit. Die schwarzen Körperverhüllungen symbolisieren aber das Gegenteil dieser Möglichkeit. Sie stehen für die Unmöglichkeit, angstfrei anders sein zu dürfen.

Dürfen wir angstfrei anders sein?

Wie steht es dann aber um *Tschador* und *Hijab*? Der *Tschador* ist grenzwertig. Dagegen kann der *Hijab* geradeso im öffentlichen Raum toleriert werden. Auch wenn beide das gleiche prekäre Frauenbild repräsentieren, lassen sie doch das Gesicht der Betroffenen unverhüllt. Da sie aber das gleiche Frauenbild repräsentieren, haben sie auf dem Köpfen von Lehrerinnen, Richterinnen, ja Beamtinnen jeglicher Art auch nichts zu suchen. Repräsentanten einer freiheitlichen Staatsordnung sollten sie nicht tragen. Ihr Amt verlangt sichtbaren Abstand zu Glaubenssymbolen, die der freiheitlichen Ordnung widersprechen. Richterrobe und Hijab sind unvereinbar! Gleichfalls sollten Arbeitgeber der freien

Wirtschaft sie verbieten dürfen, wie diese beispielsweise auch sichtbare Tattoos oder Nasenkreolen ihrer Mitarbeitern öfter untersagen. Natürlich dürfen sie solche Schmuckstücke auch erlauben. Überhaupt tragen ja zahlreiche Muslimas inzwischen elegante, aufreizende *Hijabs*, und die geschminkten Gesichter darunter rufen eher Assoziationen an schöne Mode als an religiöse und politische Symbole hervor. Die Verhüllung der sinnlichen Reize ist hier selbst zum sinnlichen Reiz geworden.

Der Aufklärungsphilosoph Immanuel Kant schreibt: „Niemand kann mich zwingen, auf seine Art (...) glücklich zu sein, sondern ein jeder darf seine Glückseligkeit auf dem Wege suchen, welcher ihm selbst gut dünkt, wenn er nur der Freiheit Anderer, einem ähnlichen Zweck nachzustreben (...), nicht Abbruch tut.“ Hiermit übereinstimmend heißt es in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*: „Jeder Mensch ist in Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zwecke vorsieht, um die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten der anderen zu gewährleisten.“ Mit den Worten unseres Grundgesetzes: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt.“

Das bedeutet, Freiheit und Vielheit dürfen nicht absolut gesetzt werden. Sie zu verabsolutieren hieße, selbst jene Lebensformen zulassen zu müssen, die ethisch ungerechtfertigt Unterdrückung, Bevormundung oder Willkür gegen andere ausüben würden, sobald sie es könnten, was aber auf eine Zerstörung von Freiheit und Vielheit hinausliefe, die somit ihre Zersetzung selbst herbeigeführt hätten. Man kann auch sagen, das Recht auf Freiheit und Vielheit darf nicht zur Abschaffung von Freiheit und Vielheit mißbraucht werden. Hieraus folgt: Toleranz gegen andere schließt nicht Toleranz gegen Intoleranz an-

derer ein, die wirkungsvoll nur mit Intoleranz, der Androhung und Durchsetzung von Gegenmaßnahmen, bekämpft werden kann. Gerade weil niemand Freiheit und Vielheit abschaffen darf, müssen Liberalität und Pluralität begrenzt, als relative Begriffe verstanden werden, das heißt an Rahmenbedingungen gebunden, die für eine friedliche Koexistenz unterschiedlicher Standpunkte und Lebensentwürfe unverzichtbar sind. Solche heißen beispielsweise Achtung voreinander, Rücksicht aufeinander und Gespräche miteinander.

Achtung voreinander, Rücksicht aufeinander und Gespräche miteinander

Bei dieser Einschränkung von Freiheit und Vielheit zur Ermöglichung von Freiheit und Vielheit muß außerdem unterschieden werden zwischen Person und Position. Überzeugungen, Ideologien, Glaubenssysteme, die im Widerspruch zur offenen Gesellschaft stehen, sollten in der offenen Gesellschaft auf keinerlei Respekt hoffen dürfen. Es ist nicht unzivilisiert, sie zu mißbilligen. Unzivilisiert wäre es, die Menschen zu verachten, die sie vertreten. Natürlich fühlen sich ihre Anhänger hierdurch schlecht behandelt oder gar benachteiligt, selbst wenn die Zurückweisung allein ihren Lehren gegen die offene Gesellschaft gilt. Diese Art der Respektlosigkeit muß aber von den Leidtragenden ausgehalten werden. Sie ist ihnen deshalb zuzumuten, weil die kritisierten Positionen für eine offene Gesellschaft unzumutbar sind.

Leider fehlt es der liberal-pluralen Klaviatur an solchen Differenzierungen. Deren Anhänger tolerieren nicht selten Überzeugungen und Praktiken und bagatellisieren deren Gefahren und Bedeutungen, selbst wenn sie den Grundsätzen der Freiheit, Gleichheit und Vielheit widersprechen, um

Minderheiten nicht zu beleidigen, geschweige denn zu diskriminieren, die solchen Ideologien folgen. Jede Art der Herabsetzung fremder Minderheiten ist der *richtigen* Seite zuwider. Eine solche Einstellung ist zwar lobenswert, geradezu nobel, zeugt aber von falscher Toleranz, die den Vorwurf der Naivität ausnahmsweise mal gerecht erscheinen läßt.

Nun werden die Feinde der offenen Gesellschaft aber nicht ohne weiteres bereit sein, ihre Überzeugungen politischer und religiöser Art den Allgemeinen Menschenrechten und der freiheitlich-demokratischen Verfassung unterzuordnen. Sie werden nicht anerkennen, daß jedes religiöse oder politische Bekenntnis nur bedingt zulässig ist – bedingt zulässig insofern, als Andersdenkende zu tolerieren sind. Dabei übersehen sie zumeist, daß im Rahmen der offenen Gesellschaft niemand die Position seines Nachbarn teilen, akzeptieren oder gar gutheißen muß. Man muß nur lernen, sie zu dulden, das heißt im zulässigen anmaßenden Bewußtsein vermeintlich besseren Wissens zu ertragen und die Anhänger anderer Meinungen zu respektieren. Jedenfalls darf die Arbeit am liberalen Ideal nicht aufgegeben werden, daß jeder politisch oder religiös angstfrei so leben können soll, wie er es möchte, solange nur seine Überzeugung, sein Werte- und Glaubenssystem nicht anderen Personen das gleiche Recht abspricht. Die christlichen Kirchen haben lange gebraucht, die Allgemeinen Menschenrechte zur eigenen Sache werden zu lassen, indem sie die Ursprünge solcher Grundwerte wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in ihren eigenen Sinnerzählungen ausfindig machten. Die islamische Welt steht erst am Anfang einer solchen Entwicklung. Die tunesische Regierungspartei *Ennahda* ist eines der wenigen ermutigenden Beispiele hierfür.

Was heißt das alles für die Bildungsarbeit mit Flüchtlingen? Erst eine Übernahme

der allgemeinen Ordnungsregeln der offenen Gesellschaft, der freiheitlich-demokratischen Grundwerte durch die Asylanten und Migranten darf als gelungene Integration bewertet werden. Was heißt das wiederum für die *falsche* Seite? Erst eine Rückbesinnung auf die tragenden Werte unserer Gesellschaft ermöglicht deren Wiedereingliederung in die freiheitlich-demokratische Grundordnung, aus der sie teilweise herausgefallen ist, so sehr sie auch diese zu verteidigen glaubt. Was heißt das alles schließlich für die *richtige* Seite? Erst die Freilegung der unverhandelbaren Grenzen von Freiheit und Vielheit ermöglicht die Erkenntnis, daß nicht bloß die *falsche* Seite, sondern auch prekäre Positionen anderer sozialer, religiöser oder ethnischer Gruppierungen nicht als bloße Facetten moderner Diversität ins freie Spiel der kulturellen Differenzen aufgenommen werden dürfen. Solange solche Gruppierungen Diversity keine Chance geben, kann Diversity ihnen auch keine Chance geben. Der schöne Slogan: „Je vielfältiger, umso besser, weil desto reicher, bunter, individueller“ – beruht auf einem freundlichen Mißverständnis. Fundamentalistische Bewegungen der unterschiedlichsten Art bereichern nicht die dynamische und hybride Kultur der Freiheit und Vielheit, sondern bedrohen sie, weshalb ihren Lehren in den fraglichen Punkten jede Anerkennung verweigert werden muß. Sie sind keine Variationen kultureller Vielfalt, sondern deren Gegner.

Aber wie kann die Arbeit an der Integration gelingen? Zuerst sind natürlich Sprachbarrieren zu überwinden. Je früher neue Mitbürger die deutsche Sprache lernen, umso schneller lernen sie auf eigenen Beinen zu stehen und sich in unserem Gemeinwesen zurechtzufinden. Weitere Stichworte heißen Lernbereitschaft, schulische und berufliche Qualifikation, Heranführung an das hiesige Arbeits- und Ausbildungssystem sowie Arbeitserlaubnis.

Häufig sind die Erwartungen der Flüchtlinge ziemlich hoch

Häufig sind die Erwartungen der Flüchtlinge ziemlich hoch. Sie machten sich auf den Weg, um die tiefe Kluft zwischen Arm und Reich, Chaos und Ordnung, Verzweiflung und Hoffnung buchstäblich zu Fuß zu überwinden. Viele Flüchtlinge wollen nicht nur ihren vom Krieg zerrissenen Heimatländern entkommen. Sie sind auch vom Traum eines guten Lebens besessen, das sie sich vom gelobten Kontinent Europa versprechen. Hier entsteht leicht ein Paradox: Gerade wenn sich Menschen in Armut, Not und Gefahr befinden und man erwarten würde, daß sie mit einem Minimum an Sicherheit und Wohlergehen zufrieden wären, explodiert die Utopie. Unsere Träume gehen oft über die Wirklichkeit hinaus, selbst wenn diese sie erfüllt. Erst recht malt die Einbildungskraft von Menschen in Not deren Gegenteil in den schönsten Farben aus. Die Enttäuschung ist dann vorprogrammiert. Denn alle Enttäuschung ist unerfüllte Erwartung. Eine harte Lektion für die Flüchtlinge lautet darum, daß es das Deutschland, wie sie es sich ausmalten, gar nicht gibt, nicht einmal in Deutschland. Sie müssen lernen, ihre Übererwartungen herunterzupegeln, um in der neuen Realität erfolgreich bestehen zu können. Zu den großen Ernüchterungen gehört, daß Deutschland eine Leistungsgesellschaft ist, in der das Leben auf Effizienz getrimmt wird, was von den Bürgern ein hohes Maß an Eigenverantwortung, Kreativität, Flexibilität sowie dauernde Lernbereitschaft voraussetzt. Diese Gesellschaft ist stark individualistisch ausgerichtet. Hier ist der Einzelne der Autor, ja Unternehmer seines Daseins. Er trägt die Mühe des Gelingens und das Risiko des Scheiterns selbst. Integration ist erst dann erfolgreich, wenn diese Zusammenhänge durchschaut und

die dazugehörigen Spielregeln beherrscht werden. Doch über diese lebenspraktischen Anforderungen hinaus müssen zugleich die sozialen Werte befolgt, am besten auch verstanden, akzeptiert und vertreten werden, damit die Einschränkungen nachvollzogen werden können: Keine Toleranz für religiöse, sexistische oder ethnische Gewalt; kein Religionszwang, sondern Respekt vor der Freiheit jeder Person, die einmal erlernten Bräuche auch wieder ablegen zu dürfen; keine Duldung eines emanzipationsfeindlichen Patriarchats mit gewaltbereiten Ehrvorstellungen.

Solche Regeln privilegieren die westeuropäische Lebensweise. Gewiß. Doch das ist der Preis für die europäische Gastfreundschaft. Die meisten Deutschen sind weder vaterlandslose Globalisten noch patriotische Chauvinisten, sondern heimatverbundene Kosmopoliten, welche die Nationalhymne mit der Idee der offenen Gesellschaft in Übereinstimmung bringen. Darum ist es ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, der Schutz unserer Lebensweise sei diskriminierend. Dies ist falsch, weil es in letzter Beziehung um die Anerkennung einer nationalen Kultur geht, die auf der Achtung der Allgemeinen Menschenrechte beruht, zu denen Gleichberechtigung und Religionsfreiheit zählen. Politische Eigenprägungen, spezielle Traditionen und religiöse Vielfalt ja, aber immer nur innerhalb der Grenzen der Allgemeinen Menschenrechte. Sie sind es, die den Flüchtlingen überhaupt erst ihre Aufnahme hierzulande ermöglichen. Deshalb sollten wir von ihnen auch ein Leben gemäß dieser Rechte erwarten dürfen. Keine Ermäßigung auf Grundrechte! ■